Nr. 90. Dienstag, den 19. April 1910. 24. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köpke in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Heinr. Koenen, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei Carl C. Diehl, Meyerstr. 12, 1. Et. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu zwei Beilagen.

Beamte in Konsumvereinen.

Die Konsumvereine waren wieder einmal Gegenstand längerer Debatte in der 62. Reichstagssitzung. Die Kleingewerbler, speziell die illustren Bäcker, wollen ihnen an den Kragen, wie schon so oft, haben ja auch wirklich deren Besteuerung durchgesetzt, die nach ihrer Absicht als Erdrosselungssteuer wirken soll, während Genosse Schöpflin sehr richtig erklärte, das Vernünftige wäre, die Konsumvereine als gemeinnützige Institute von jeder Steuer zu befreien. Auch das haben jene erreicht, daß in Württemberg Beamte höherer Rangordnung keine Tätigkeit in denselben übernehmen dürfen.

Das genügt aber dem Berliner Zentralverband deutscher Bäckerinnungen nicht, er verlangte in einer Petition ein Generalverbot für Staats- und Reichsbeamte, in Konsumvereinen tätig zu sein, und unter anderm auch eine Beschränkung der Dividende auf 2½ pZt., während bekanntlich die „Dividende“ der Konsumvereine kein Profit ist wie die kapitalistische, sondern eine Rückvergütung der den Einkaufspreis übersteigenden Preise, die unvermeidlich sind, weil die Geschäftsspesen sich nicht im voraus bis auf den Pfennig berechnen lassen. Zwei andere Bäcker — vom Zentrum und von der famosen „Wirtschaftlichen Vereinigung“ — verlangten sogar ein Verbot der Mitgliedschaft für alle Beamten; „die Konsumvereine seien Kampforganisationen der Sozialdemokratie, daher dürften Beamte nicht hinein“! Es verlohnt sich nicht, hier den erlogenen Vordersatz zu widerlegen.

Wirklich eine zeitgemäße Forderung! Alle Lebensmittel steigen im Preise, und nicht zum wenigsten durch die Schuld des Zentrums und seiner Mitreaktionäre; weite Kreise leiden an Unterernährung, und nun sollen die Vorteile der Konsumvereine auch noch beschnitten und den Beamten ganz entzogen werden!

Die bayerische Regierung, die Hörige des Zentrums, hat denn auch die Konsumvereine eine unerfreuliche Erscheinung genannt und sich für das Verbot der Staatsbeamten, ihnen anzugehören, ausgesprochen. Die Freiheit der Beamten soll auch außerhalb des Dienstes eingeschränkt und ihren Frauen vorgeschrieben werden, wo sie einkaufen dürfen!

Der bayerische Eisenbahnminister v. Frauendorfer sagte einmal: Wir sind daran, die Gehälter unserer Beamten aufzubessern. Was ist aber schließlich der Effekt? In kurzer Zeit werden wir infolge der Teuerung wieder in den Beutel greifen müssen!

Schon an der ersten Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland nahmen die Beamten in starkem Maße teil. Wie das neueste Jahrbuch der Konsumvereine mitteilt, ist die Entwicklung derselben in manchen Ländern weit mehr das Werk von Beamten (wegen ihrer geringen Gehälter), als von Industriearbeitern, so namentlich in Holland.

Das Geschrei gegen die Mitgliedschaft von Beamten ist alt; es hat aber bisher nicht verhindern können, daß die Zahl der Staatsbeamten und Staatsarbeiter in Deutschland mehr beträgt als eine Million. Rechnet man dazu die der Gemeinden, so ergeben sich nahezu zwei Millionen.

Die Kleinhändler aber sagen: „Die Beamten essen nicht ihr eigenes Brod“, sondern werden aus dem Staatssäckel erhalten; daher darf man sie zwingen, auf alles zu verzichten, was irgend einer Gruppe der Steuerzahler wider den Strich geht. Nach Kleinhändlerlogik, sagt das Jahrbuch treffend, ißt nur der sein eigenes Brod, der es andern als Profit abknöpft. Eine ganze Reihe Eingaben von Kleinhändlern führt das Jahrbuch auf, worin dieselben ihre Zustimmung zur beabsichtigten Erhöhung der Beamtengehälter vom Verzicht der Beamten auf konsumgenossenschaftliche Beteiligung abhängig machen. Sie waren nur bereit, aus dem Säckel der Gesamtheit die notwendig gewordenen Gehältererhöhungen zu bewilligen, um Sondervorteile für sich herauszuschlagen.

Was soll man aber dazu sagen, daß, wie Genosse Hildenbrand ausführte, gegen die Konsumvereine dieselben Bäckerinnungen Sturm laufen, die Bezug und Herstellung des Mehles usw. in eigene Regie nehmen, oder die, wie die Stuttgarter Bäckerinnung, eigene Mühlen errichten, um den Zwischenhandel auszuschalten, und den Mittelstand, den gewerblichen und kaufmännischen, schädigen. Und doch spielen sie und die ihnen befreundeten Parteien sich bei jeder Gelegenheit als die Schützer des Mittelstandes auf!

Eine beachtenswerte Leistung des Hansabundes darf hier nicht übergangen werden. Von Kolonialwarenhändlern, Kleinkaufleuten usw. wurde kürzlich eine Interpellation an den Ausschuß des Hansabundes über seine Stellung zu Konsumvereinen und zum Kleinhandel gerichtet. Eine kitzliche Frage. Der Bund will es ja mit den Kleinhändlern nicht verderben, da er viele Mitglieder aus demselben zählt; sich unzweideutig gegen die Konsumvereine zu erklären, würde aber die Arbeitermassen usw. gegen ihn aufbringen. Die Antwort war nicht recht klar, aber lassen wir das „Württembergische Genossenschaftsblatt“ reden: „Wie man sieht, läßt sich die Direktion des Hansabundes von Gesichtspunkten leiten, die denen des engherzigsten und kleinlichsten Konsumvereinsgegnertums alle Ehre macht. Nicht einmal bei der Beamtenfrage macht die Direktion Halt, indem sie sagt: „In einer Zeit, wo das Geld so sauer verdient werden muß, befinden sich die Beamten in einer außerordentlich bevorzugten Stellung. Sie dürfen die Sicherheit ihrer Stellung nicht benutzen, um den Detailhandel am Ort zu ruinieren“ — sie deutet auch an, daß in der Einschränkung der Konsumvereine noch weiter gegangen werden soll. Freilich, der Hansabund hat bereits die Erfahrung gemacht, daß seine Werbetätigkeit in Arbeiterkreisen mit noch so schönen Phrasen — für die Katz' ist.“

Die Elbezölle.

Aus Oesterreich wird uns zu der Sache geschrieben:

Der dem deutschen Bundesrate vorliegende Gesetzentwurf, betreffend die Einführung von Schiffahrtsabgaben, hat in den Kreisen der österreichischen Industriellen und Kaufleute große Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet, daß der Export von Getreide (Gerste!) und Holz sowie die Einfuhr von Futtermitteln (Kleie!) sehr empfindlich geschädigt werden würde. Wenn auch diese Abgaben für den Beginn in noch so kleinem Ausmaße eingehoben werden sollten, so können sie sich doch in der Zukunft zu einer Maßregel von unabsehbarer Tragweite gestalten. Denn daß österreichische Schiffe bezw. deren Ladung in Deutschland von diesen Abgaben befreit würden, während deutsche Schiffe abgabepflichtig wären, kann natürlich nicht angenommen werden, zumal eine solche Differenzierung gegen das Elbeschiffahrts-Uebereinkommen verstoßen würde. Es ist möglich, daß Preußen durch Kompensationen auf einem andern wirtschaftlichen Gebiete Oesterreich zu einer Aenderung des bezüglichen Staatsvertrages zu bestimmen versuchen wird. Der Schade würde dadurch nicht geringer werden, und in die Erklärung der österreichischen Regierung, daß sie sich gegenüber Vorschlägen zur Abänderung des status quo der Abgabenfreiheit auf der Elbe grundsätzlich ablehnend verhalten werde, setzen die österreichischen Kaufleute und Unternehmer nicht allzu großes Vertrauen. Zwar hat das österreichische Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom 4. März einstimmig einen tschechischen Dringlichkeitsantrag angenommen, nachdem schon im Februar die Sozialdemokraten einen gleichlautenden Antrag eingebracht hatten, wonach die Regierung dem preußischen Vorschlage entschiedene Weigerung entgegensetzen solle; der Handelsminister gab auch die bündigsten Versicherungen ab. Allein man weiß ja aus Erfahrung, was Ministerworte zu bedeuten haben; die österreichische Handelswelt macht sich deshalb auf das ärgste gefaßt und hegt nur noch geringe Hoffnung, daß das Attentat auf die österreichische Produktion sich werde abwenden lassen.

Nachdem es Preußen gelungen ist, den anfänglichen Widerstand Bayerns, Württembergs und der niederrheinischen Kreise durch allerlei Zusicherungen von Kanalbauten und Stromregulierungen zu beheben, wird es ihm wohl glücken, auch noch die übrigen oppositionellen Mittelstaaten durch wirtschaftliche Zugeständnisse für seine Gesetzesvorlage zu gewinnen. Hat es sich erst der Zustimmung der Bundesstaaten versichert, wird sich Holland nicht ernstlich widersetzen können. Na, und Oesterreich-Ungarn ist nicht wegen der Zähigkeit seiner Staatsmänner berühmt, zumal die Berliner Regierung ganz gut weiß, wo die Achillesferse des liebwerten Bundesgenossen sich befindet, und mancherlei Mittel besitzt, um auch diesen zu sich herüberzuziehen.

So wie Deutschlands Zoll- und Handelspolitik für Oesterreich-Ungarn seit Jahrzehnten maßgebend ist, ebenso ist ganz gut die Möglichkeit denkbar, daß es sich auch in dieser Frage beeinflussen lassen werde, insbesondere dann, wenn die preußische Regierung ihm dafür gleichfalls Entschädigungen zu bieten in der Lage sein und Oesterreich-Ungarn es erleichtern wird, seinen Vorteil zu wahren.

Um welche Interessen es sich — soweit Oesterreich allein in Betracht kommt — zunächst handelt, läßt sich mit einigen Sätzen dartun. Vor allem würde das große nordböhmische Industriegebiet in Mitleidenschaft gezogen werden. Die an der Elbe gelegenen Städte Tetschen und Bodenbach haben ihren Aufschwung in allererster Linie der Elbeschiffahrt zu verdanken. Für die weitere Entwicklung dieser beiden Industriestädte und des ganzen Gebietes wäre die Einführung der Abgaben von nahezu katastrophaler Bedeutung. Ist doch der Gesamtgüterverkehr auf der Elbe in der Zeit von 1875 bis 1900 von ½ auf mehr als 2½ Milliarden Tonnenkilometer gewachsen, eine Entwicklung, wie sie keiner der übrigen Hauptströme zu verzeichnen hat. Dieser riesige Verkehr würde durch die Einhebung von Schiffahrtsabgaben auf der Elbe — die nichts anderes als Zölle sind — eine bedeutende Einbuße erleiden, der jetzt billige Wasserweg würde sich wesentlich verteuern und sein Wert illusorisch werden. Es wird berechnet, daß ein Fahrzeug, welches zehnmal im Jahre den Weg nach Deutschland und zurück machen würde und 3800 Kilometer zurücklegt, bei 600 Tonnen Gehalt sowie einer Beladung bis zu 75 pZt. jährlich an Abgaben einen Betrag von 1360 Kronen = 1140 Mark zu entrichten hätte. Danach läßt sich ermessen, welchen Schaden das Vorgehen Preußens der Schiffbauindustrie an der Elbe zufügen müßte. Eine große Anzahl Kahnbesitzer wäre dem Ruin preisgegeben, die Obstbauzucht des Elbetals würde die Exportmöglichkeit verlieren, desgleichen die Ausfuhr von Hopfen, Gerste und Bier unterbunden werden. Und nicht bloß Böhmen, die ganzen Sudetenländer, sogar Galizien würden darunter leiden, die Ausfuhr von Produkten der österreichischen Landwirtschaft und Industrie erschwert und die Einfuhr wichtiger Rohstoffe behindert. Wie wichtig der Elbeverkehr für Oesterreich ist, erhellt auch aus der Tatsache, daß er ungefähr zehnmal so groß ist wie der Verkehr auf der Donau und etwa doppelt so groß wie der Verkehr im Hafen von Triest — und dies, obgleich er zeitweise infolge der Eis- und Wasserverhältnisse eine Unterbrechung erfährt und aussetzen muß.

So will das verbündete Deutschland Oesterreich-Ungarn behandeln! Nicht allein, daß die Produktion und der Konsum des deutschen Volkes eine neue Belastung erhalten soll, auch dem österreichischen Konsum und Export will es eine schwere Belastung auferlegen. Es ist nur zu begreiflich, daß die deutschfeindlichen Slawen die Angelegenheit zu einer kleinen Hetze wider das Deutsche Reich benutzen. Man verweist darauf, daß in den Flitterwochen des Deutschen Reiches die Abgabenfreiheit auf den deutschen Flüssen durch die Reichsverfassung gewährleistet werde. Damals habe man dieselbe als eine der größten Errungenschaften des internationalen Verkehrs, als eine der segensreichsten Ergebnisse der vollzogenen Einheit gepriesen. Und noch in der allerjüngsten Zeit bezeichnete eine von den Regierungen Sachsens und Badens dem Bundesrate zum preußischen Gesetzentwurfe, betreffend die Wiedereinführung von Schiffahrtsabgaben, überreichte Denkschrift die Abgabenfreiheit der deutschen Ströme als „ein Wahrzeichen der deutschen Einheit, als ein Bollwerk des guten Einvernehmens zwischen den deutschen Bundesstaaten“. Dieses Bollwerk soll jetzt fallen, ungeachtet in der zitierten Denkschrift die Befürchtung ausgesprochen wird, daß „hierdurch weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich geschädigt, der föderative Charakter des Reiches angetastet, die Eintracht unter den deutschen Bundesstaaten gestört und das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit der Verfassung erschüttert würde.“

Angesichts solcher Aeußerungen treuer Bundesgenossen gegenüber dem führenden Staate Deutschlands fragt der gleichfalls wirtschaftlich bedrohte Nachbar: Was ist das letzte Ziel, was die eigentliche Triebfeder dieser von der preußischen Regierung seit fünf Jahren mit so viel Energie geführten Aktion? Die Schiffahrtsabgaben sollen zur angemessenen Verzinsung und Tilgung der zur Verbesserung der Stromläufe über das „natürliche“ Maß hinaus gemachten Aufwendungen dienen. So lautet wenigstens die offiziöse Begründung. Aber man erinnert sich, daß — als im Jahre 1903 die Angelegenheit zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde — die Notwendigkeit der Abgaben ihre Begründung damit erhielt, daß die Binnenschiffahrt im Deutschen Reiche den preußischen Eisenbahnen eine unerwünschte Konkurrenz bereite und die Einfuhr ausländischen Getreides sowie fremder Industrieprodukte fördere, daß weiter die preußischen Agrarier dem Kanalgesetze vom Jahre 1905 nur zustimmten, weil sie hofften, durch Aufnahme des Abgabenparagraphen die Konkurrenz des argentinischen Weizens zu erschweren. Offen erklärten damals die Junker und die ihnen nahestehenden Kreise, daß sie möglichst hohe Schiffahrtsabgaben für ausländisches Getreide und für die Durchfuhr des österreichischen Zuckers wünschen, und sie erblickten in der Einführung der geplanten Abgaben eine Ergänzung des bestehenden Schutzzollsystems.

Mit Recht! Denn daß die Schiffahrtsabgaben tatsächlich den Charakter eines Zolles erhalten können, ist durch ihre Abstufung nach Warengattungen gewissermaßen vorbereitet, und es besteht deshalb in Oesterreich nicht ohne Grund die Befürchtung, daß diese Abgaben zu einer Umgehung des Zoll- und Handelsbündnisses führen können. Diese Annahme erscheint um so mehr berechtigt, als ein Entwurf des Abgabentarifes rücksichtlich des Rhein-, Main- und Neckarflusses folgende Bestimmung enthält: „Abgabenfrei sollen bleiben Güter, welche im Durchfuhrverkehr über oberrheinische oder andere süddeutsche Häfen von und nach Oesterreich, der Schweiz, Italien und Frankreich befördert werden.“ Die Berliner „Korrespondenz gegen Schiffahrtsabgaben“ knüpft daran folgende Bemerkungen: „Die Absicht, die sich hinter diesen Paragraphen verbirgt, ist leicht zu erraten. Es ist eine Liebesgabe, die den Holländern hingehalten wird, um sich damit zur Aufgebung ihres Widerstandes gegen die preußischen Abgabenpläne zu veranlassen. Es ist klar, daß Oesterreich, was ihm auf dem Rheine unerbeten und ohne weiteres zugestanden wird, auch für die Elbe verlangt, und so würde es denn auch heißen müssen, daß Güter, die im Durchfuhrverkehr auf der Elbe von und nach Oesterreich befördert werden, abgabenfrei bleiben.“ Es kann also kein Zweifel darüber walten, daß die Schiffahrtsabgaben den Charakter von Zöllen haben, und im Hinblick darauf erscheint die Einführung solcher Abgaben auf Güter, die nicht bloß im Durchgangsverkehr aus Oesterreich in das Deutsche Reich gelangen oder umgekehrt, nicht nur als eine Verletzung der rücksichtlich der Elbe bestehenden Staatsverträge, sondern auch des Handels- und Zollbertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Preußen leitet mit den angestrebten Abgaben, in deren Hintergrund das staatliche Schleppbahnmonopol droht, eine neue folgenschwere Verkehrspolitik ein, welche als letztes Ziel den Eisenbahn- und Schiffsverkehr dem Einflusse der einzelnen Bundesstaaten ganz entziehen und seiner Handels- und Zollpolitik dienstbar machen will. Es ist klar, daß eine solche Politik für Oesterreichs Volkswirtschaft gefährlich ist; sie bedroht aber auch die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes.

Die Schiffahrtsabgaben, gegen deren völkerrechtliche Zulässigkeit sich auch Professor Arndt in der Zeitschrift für „Völkerrecht“ ausgesprochen hat, stellen ökonomisch wie politisch ein Problem dar, an dem die gesamte industriell tätige Volksklasse — nicht zuletzt die Arbeiterschaft — stark interessiert ist. Gelingt es der agrarischen Regierung, ihre Absicht zu verwirklichen, dann wird dies der Anfang einer Bewegung sein, an der sich alle Staaten mit schiffbaren Flüssen, vor allem die Donaustaaten, beteiligen werden, und die ungefähr ähnliche Wirkungen zeitigen wird, wie die von Preußen-Deutschland in den 70er Jahren inaugurierte Handels- und Zollpolitik. Die weiteren Folgen dieses kapitalistischen Imperialismus, der allen Verkehr zuungunsten der Industrie und der konsumierenden Bevölkerung — im Interesse des Fiskus und der Agrarier — schuriegeln möchte, werden nicht ausbleiben, und die sozialen Umwälzungen mächtig fördern.

S. K.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 16. April.

Seit Jahren haben eine große Anzahl von Kommunen petitioniert um die Möglichkeit, innerhalb ihrer Gemeinde bestehende Reichsbetriebe zu den Kommunallasten mit heranziehen zu können. Bisher immer vergeblich. Endlich hat sich denn nun doch die Regierung veranlaßt gesehen, diesen durchaus berechtigten Forderungen Rechnung zu tragen, und einen Reichsbesteuerungsgesetzentwurf ausgearbeitet, wonach das Reich zu Steuern für die Benutzung von im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen in den Bundesstaaten und Gemeinden zu Grund- und Gewerbesteuern herangezogen werden kann. Leider ist das den Gemeinden in dem Entwurf zugestandene Recht durchaus unzulänglich und durch verschiedene Vorbehalte sehr beschränkt, und es gehört schon ein hoher Grad von Regierungsfreundlichkeit dazu, dem Entwurfe mit der Befriedigung zuzustimmen, wie sie Dr. Brunstermann namens der Reichsparteiler und der Konservative Freiherr v. Richthofen zum Ausdruck brachten. Mit dem Grundprinzip ist auch das Zentrum einverstanden, wie Gröber erklärte, nur daß dieser Redner gewisse partikularistische Bedenken in bezug auf die Souveränität der Einzelstaaten geltend machte und die, wie in manchem andern Gesetz, auch in dieser Vorlage wieder enthaltene stiefmütterliche Behandlung der Reichslande bedauerte. Gegen die staatsrechtlichen Bedenken Gröbers machte der Schatzsekretär Wermuth geltend, daß die Zuständigkeit des Reiches in dieser Beziehung durchaus nicht in Zweifel gezogen werden könne, und was die Reichslande anbelange, so habe man diese gerade ganz besonders gut bedacht, indem man ihnen 5 pZt. der Ueberschüsse der Reichsbahnen, mindestens aber ℳ 200 000, überwiesen habe. Dementgegen machte unser Genosse Emmel geltend, daß diese ℳ 200 000 bei weitem den Ausfall nicht decken, den eine ganze Anzahl Gemeinden in Elsaß-Lothringen durch die Aufhebung des Octrois an den Reichsbetrieben erleiden, so zum Beispiel Straßburg,

---

[16] (Nachdruck verboten.)

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

Neuntes Kapitel.

Am Abend des gleichen Tages, kurz vor Ladenschluß, betrat der hochwürdige Herr Tobias Wieser das Geschäftslokal des Michael Senn.

Die Zirnhöld Anna war schon fortgegangen. In dem Geschäft war niemand mehr als Michael Senn und Christian Thaler. Der alte Buchhalter saß wie immer mit weit vorgebeugtem Kopf und schrieb in dem vor ihm liegenden Hauptbuch. Eine kleine Stehlampe mit grünem Schirm stand vor ihm auf dem Pult. Der grüne, matte Schimmer des Lichtes ließ das runzlige Gesicht des Buchhalters nur noch älter und verfallener erscheinen.

In dem Laden selbst hingen zwei große Petroleumlampen mit hellen Rundbrennern. Ein breiter Schein ging von ihnen aus. Die Gegenstände im Laden, die Rosenkränze und Kruzifixe, die kleinen und größeren Statuen der Heiligen erhielten durch das satte Licht der Lampen mehr Glanz als bei Tag, wo es viel dämmriger in dem Laden war. Selbst die Bücher, die in den Regalen standen, bekamen etwas ab von diesem Glanz. Die Gebetbücher auf dem Ladentisch mit den verschiedenfarbigen Samteinbänden oder den weißen Elfenbeindeckeln und dem goldenen, silbernen oder roten Buchschnitt sahen völlig vornehm aus. Das Licht der großen Lampen fiel ungeschmälert auf diese Herrlichkeiten und verlieh dem Laden ein eigentümliches, beinahe festliches Gepräge.

Beim Eintreten des Geistlichen sah Christian Thaler flüchtig auf und grüßte stumm mit einem leichten Neigen des Kopfes. Michael Senn ging dem Hochwürden entgegen und bot ihm die Hand.

„Auch einmal bei mir, Herr Kooperator!“ sagte er freundlich. Er hatte, wie immer an Wochentagen, wenn er im Geschäft war, seinen hellgrauen Lodenrock und die buntgestickte Hausmütze auf dem Kopf. Das verlieh ihm etwas Ehrwürdiges. Dem Geistlichen fiel, als Michael Senn so vor ihm stand, unmittelbar der Vergleich ein, daß der alte Senn dem Nährvater Josef ähnlich sehe, wie man ihn auf den Heiligenbildern dargestellt findet.

„Ja. Guten Abend, Herr Senn!“ erwiderte der Kooperator etwas verlegen. Dann sah er sich im Laden um, als ob er etwas suchen würde. „Sie machen schon Feierabend?“

„Ja. Bald. Was steht zu Diensten?“ erkundigte sich Michael Senn.

„Ja. So —“ Der Kooperator räusperte sich verlegen und machte eine kleine Pause. Dann sagte er: „Ich möcht' gern ein paar Wort' ganz privater Natur mit Ihnen reden, Herr Senn.“

„Mit mir?“ Der alte Senn sah seinen Besucher etwas verwundert an. „Darf ich bitten?“ Er ging mit festen Schritten voraus und öffnete die schmale Seitentür, die sich in der Nähe des Schreibpultes befand, wo Christian Thaler saß.

Der Kooperator und Michael Senn mußten sich bücken, um hindurch zu kommen. Sie waren beide große, stattliche Männer. Michael Senn kräftig und sehnig. Ein Tiroler vom alten Schrot und Korn. Ungebeugt durch die Last der Jahre, gesund, zäh und frisch wie die Fichten seiner Bergheimat. Tobias Wieser war auch kräftig und stark. Nur zeigten sich bei ihm schon die Spuren einer ungesunden Korpulenz.

Als die beiden an Christian Thaler vorübergingen, richtete dieser seine hellen, glanzlosen Augen einen Moment fest und forschend auf den Priester. Er dachte daran, wie vor vielen Jahren auch einmal ein Priester von Michael Senn geleitet durch diese schmale Tür ging, von der man hinauf in die Wohnung der Familie Senn kam. Es war ein Greis mit sielberweißen Haaren gewesen. Der hatte wegen der Frau Senn mit ihrem Gatten zu sprechen gehabt.

Nachdem die beiden Männer im ersten Stockwerk des Hauses angelangt waren, ließ Michael Senn den Geistlichen in eines der Zimmer treten, deren Tür auf den großen, breiten Korridor mündeten. Es war ein weiter, behaglicher Raum. An den Wänden hingen alte dunkle Bilder, die biblische Szenen darstellten. Alt und ehrwürdig sah jedes einzelne Möbelstück aus. Der schwere, eichene, runde Tisch in der Mitte des Zimmers, die kunstvoll geschnitzten Stühle, die hohen dunklen Schränke und die langen Truhen. Vom Ueberboden herab hing ein großer, schwerer Luster mit vielen Kerzen. Dieser Luster stand nur sehr selten in Verwendung. Höchstens zu irgendeiner festlichen Gelegenheit im Hause Senn. Michael Senn hatte ihn das letztemal anzünden lassen, als er und seine Gattin ihre silberne Hochzeit feierten.

In aller Stille hatten sie sie gefeiert. Nur ein paar nahe Verwandte waren eingeladen und dazu die Bergrätin mit ihren Töchtern und der alte Thaler. Sonst war niemand dabei gewesen. Für gewöhnlich brannte eine Stehlampe in diesem Zimmer, die mit dem hellen, glänzenden, hohen Fuß und dem Kugelschirm aus Milchglas zu der übrigen Einrichtung gar nicht paßte. Auch heute brannte die Lampe auf dem Tisch. Michael Senn lud mit einer Handbewegung den Hochwürdigen ein, Platz zu nehmen. Die Hausmütze hatte er beim Eintritt ins Zimmer achtlos auf eine Truhe geworfen. Nun saß er auf einem der hohen, geschnitzten Holzstühle seinem Gaste gegenüber.

Sein Gesicht hatte wieder den strengen, harten Ausdruck angenommen, den es meistens besaß. Die Falten an der Nasenwurzel vertieften sich. Er mochte ahnen, daß der Besuch des Kooperators mit etwas Unangenehmem zusammenhing.

Herr Tobias Wieser saß da, den Hut vor sich auf den Tisch gelegt, und suchte nach den geeigneten Worten, seine Unterredung zu beginnen.

„Ich bin gekommen, Herr Senn —“ fing er nun zögernd an. Mit einem erwartungsvollen Blick sah Michael Senn auf den Hochwürdigen. Er sprach kein Wort. Dann legte er beide Arme leicht auf den Tisch und wartete ruhig auf das, was der andere ihm zu sagen haben würde.

„Es ist mir peinlich, Herr Senn, darüber zu reden —“ begann der Kooperator neuerdings.

Michael Senn sagte noch immer kein Wort, sondern verharrte ruhig in seiner Stellung.

„Ich spreche zu Ihnen nur aus Pflichtgefühl, Herr Senn. Sie können's mir glauben!“ versicherte ihm der Priester. „Es ist nicht meine Art, mich in Familienverhältnisse einzumischen —“

Jetzt warf Michael Senn einen raschen, fast feindseligen Blick auf den Geistlichen.

„Es handelt sich hier in dieser Angelegenheit um die Ehre eines unbescholtenen Mädchens —“ sprach der Kooperator nach einer kleinen Pause. „Ihr Herr Sohn hat im jugendlichen Leichtsinn die Ehre und Unschuld eines Mädchens —“

„Mein Sohn?“ Der alte Senn richtete sich aus seiner nachlässigen Stellung auf. Ganz aufrecht und stramm saß er nun da.

„Ja. Der junge Senn!“ bestätigte der Priester. „Er wurde gestern abend zu später Stunde im Kreuzgang von der Mutter des Mädchens betroffen. Ganz Brixen spricht bereits davon. Seit Monaten schon soll das Verhältnis bestehen —“ fuhr Tobias Wieser fort.

Michael Senn schaute dem Priester fest und offen in die Augen. Keine Miene in seinem gebräunten Gesicht verriet, was er jetzt dachte oder empfand.

„Wie heißt das Mädel?“ frug er. Seine tiefe Stimme klang ruhig und gleichgültig.

„Die Karoline Kaffeiner ist's!“

Michael Senn hatte wohl keinen andern Namen erwartet. Er zeigte wenigstens nicht, daß er irgendwie überrascht worden sei. „So!“ sagte er einfach.

„Es ist natürlich ein großer Skandal. Das können Sie sich denken, Herr Senn!“ fuhr der Kooperator fort. „Die Mutter des Mädchens soll eine Szene gemacht haben. Es war auch noch eine andere Augenzeugin dabei. Der Herr Senn und das Mädchen sollen in verfänglicher Situation vor der Lourdeskapelle erwischt worden sein.“

Nun stand Michael Senn auf. Schwer und wuchtig.

„Ich werde meinen Sohn rufen lassen!“ sagte er einfach. Sein gebräuntes Gesicht war dunkelrot geworden.

Michael Senn schritt zur Tür und öffnete sie.

„Moidl!“ rief er der alten Magd hinaus. „Sagen's dem jungen Herrn, er soll zu mir kommen!“

„Joa!“ ertönte eine weibliche Stimme vom andern Ende des Korridors.

Es dauerte nicht lange, bis Franz ins Zimmer trat. Er wußte sofort, um was es sich handelte, als er den Kooperator bei seinem Vater sah. In sein hübsches Gesicht schoß eine jähe Röte. Mit einer leichten Verbeugung grüßte er. Michael Senn schritt langsam auf den Sohn zu, nahm ihn bei der Hand und führte ihn zu dem Platz neben dem Geistlichen.

„So, Herr Kooperator, da ist er selber. Jetzt reden's mit ihm!“ sagte er einfach.

Ein peinliches, tief verlegenes Schweigen trat ein. Michael Senn stand in seiner ganzen wuchtigen Größe neben dem Sohn, als ob er ihn schützen wollte. Kein zorniges Wort, nicht einmal ein zorniger Blick traf den jungen Mann.

Franz Senn sah in großer Verlegenheit zu Boden. Er erschien neben dem Vater noch kleiner als sonst. Franz hatte sich nicht niedergesetzt. Der Geistliche erhob sich nun auch von seinem Stuhl und stand den beiden Senns gegenüber. Es war dem Hochwürdigen entschieden ungemütlich. Er kam sich jetzt gewissermaßen als Richter vor. Und er wollte doch nur als Vermittler kommen. Nervös zupfte er an dem mit violetten Glasperlen gestickten Kragen seines Talars.

„Ich bin gekommen — Sie wissen — der Vorgang gestern abend im Kreuzgang —“ begann er nun.

„Ja. Ich weiß —“ sagte der junge Bursche, ohne aufzusehen.

„Das Mädchen ist schwer kompromittiert!“ sprach der Priester ernst.

„Diese Mutter — diese Frau —“ sagte Franz gereizt. „Zu was hat sie denn so einen Skandal g'macht?“

„Es kann keiner Mutter gleichgültig sein, wenn ihr Kind in Schande kommt!“ erwiderte der Kooperator sehr ernst.

„Ich hab' mit der Lina kein näheres Verhältnis g'habt!“ sagte Franz und sah dem Hochwürdigen das erstemal offen und ehrlich ins Auge.

„Die Frau Kaffeiner behauptet —“

„Dann lügt sie!“ rief Franz erregt.

„Warum hast Du mit der Lina angebandelt?“ frug jetzt Michael Senn. Langsam, Wort für Wort betonend, aber ohne jede Gereiztheit. Franz wandte sich gegen den Vater. Ganz so, wie in früheren Jahren, als er noch ein Kind war und dem Vater Red' und Antwort stehen mußte.

„Ich hab' die Lina getroffen, weil —“

„Warum?“ frug Michael Senn über eine Weile, da Franz mit der Antwort zögerte.

„Ich hab' sie gern g'habt!“ erklärte Franz.

„Und jetzt?“ fragte Tobias Wieser.

„Ich hab' sie noch gern!“ sprach Franz einfach.

Tobias Wieser atmete auf. Michael Senn regte sich nicht. Starr und unbeweglich stand er neben dem Sohn.

„Warum heiraten Sie sie dann nicht und geben ihr Ehr' und Namen wieder?“ frug der Geistliche ernst.

„Weil — weil —“ Franz stockte. „Ich kann über ihre Leut' nit hinauskommen!“ stieß er dann gequält hervor.

(Fortsetzung folgt.)